

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 30.03.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:50 Uhr bis 18:55 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 18:30 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 18:55 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU	Vertreter: Frau Dr. Bergner
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreter: Frau Ute Haupt
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Frau Ewert
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Vertreter: Frau Wolff

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Bönisch eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden als Tischvorlagen folgende Unterlagen verteilt:

- geänderte Einladung für die Abschlussberatung am 13.04.2010 - geänderter Tagungsort: Lesesaal des Stadtarchivs, Rathausstraße 1
- Beschlussauszug zum Haushalt aus dem Sportausschuss vom 02.03.2010

- Beschlussauszug zum Haushalt aus dem Sozial-, Gleichstellungs- und Gesundheitsausschuss vom 18.03.2010
- Beschlussauszug zum Haushalt aus dem Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11.03.2010
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Haushalt: hier: Haushaltsansatz der freiwilligen Feuerwehren Vorlage Nr.: V/2010/08771
- Information zum Sachstand Kommunal Kombi vom Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
- Niederschriften der öffentlichen und nicht öffentlichen Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 18.03.2010
- Niederschriften der öffentlichen und nicht öffentlichen Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 23.03.2010
- Niederschriften der öffentlichen und nicht öffentlichen Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25.03.2010
- Beschlussauszug zum Haushalt aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung vom 23.03.2010
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt: hier Ermäßigung Schülerspeisung Vorlage Nr.: V/2010/08766
- Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushalt: hier: Stellenplan des Konservatoriums (8 KW-Stellen) Vorlage Nr.: V/2010/08739
- Beschlussauszug zum Haushalt aus dem Bildungsausschuss am 09.03.2010
- Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushalt hier: Umwidmung der Mittel für die Grundschule Rosengarten

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie participationsbericht über das Jahr 2008 - Vorlage: V/2009/08484
 Dezernat III - Sicherheit, Gesundheit und Sport
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie participationsbericht über das Jahr 2008 Dezernat III - Sicherheit, Gesundheit und Sport Vorlage: V/2009/08484**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Weirich, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Frau Ewert, Frau Wolff, Frau Hintz, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Geier, Herr Dr. Wiegand, Frau Hock, Frau Becker, Frau Müller, Herr Godenrath, Herr Eberhardt, Herr Bielecke, Frau Beckert, Herr Hans, Herr Schuhmann, Herr Dr. Müllers und Herr Dr. Wilhelms.

Stabsstelle 520 Sport und Bäder

Auf Nachfrage informierte Herr Godenrath, dass das vorliegende Antragsvolumen für Zuschüsse an übrige Bereiche den geplanten Ansatz um ein mehrfaches übersteige. Dies sei in den vergangenen Jahren ebenso gewesen.

Die Verwaltung wurde nach den Hintergründen der Erhöhung der Ansätze in den Haushaltsstellen 718000 - Zuschüsse an übrige Bereiche und 718100 Zuschüsse Betriebskosten Vereinssportanlagen gefragt und sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Es wurde die Anregung gegeben, die geplanten Ansätze 2009 mit dem IST 2009 und dem Ansatz für 2010 zu vergleichen.

Zur Haushaltsstelle 518000 - Erhaltung des Baumbestandes erläuterte Herr Eberhardt, dass die Vereine vermehrt Gefahren melden, auf die reagiert werden müsse. Wenn Gefahr im Verzug ist, werde natürlich sofort gehandelt, ansonsten werde versucht, die Kosten durch geeignete Schnittmaßnahmen in Grenzen zu halten.

Für die Nachpflanzungen auf dem Robert-Koch-Platz sei ein erheblicher Aufwuchs deshalb zu verzeichnen, weil diese Aufforstungsmaßnahme nicht durch das Konjunkturprogramm II abgedeckt sei.

5600 Kurt-Wabbel-Stadion

Auf Nachfrage, wo das Personal (5,7 Stellen) des Kurt-Wabbel-Stadions zukünftig eingesetzt werde, informierte Herr Godenrath, dass das Personal nach Baubeginn in der Robert-Koch-Halle, im Sportdreieck, in Halle-Neustadt und in der Sportanlage Böllberger Weg eingesetzt wird. Bei altersbedingtem Freiwerden von Stellen werde aus dem eigenen Bereich nachgerückt, so können Neueinstellungen vermieden werden.

(16:50 Herr Dr. Meerheim kam in die Sitzung.)

Herr Godenrath erläuterte, dass eine Erhöhung des Ansatzes für die Bewirtschaftung vorgenommen wurde, weil Konsequenzen aus der Betriebskostenabrechnung 2009 gezogen wurden.

Zur Haushaltsstelle 501000 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in Höhe von 91 T€ erläuterte Herr Eberhardt, dass bei der Planaufstellung der Beschluss für den Neubau des Stadions noch nicht bekannt gewesen sei. Kleinere Maßnahmen seien aber trotz Neubau nötig, da die laufende Saison bis August abgesichert werden müsse. So werden Verkehrssicherungsmaßnahmen im geringen Umfang durchgeführt, z. B. Treppenstufen

und Handläufe. Dieser Haushaltsansatz schließe die Bewirtschaftung für das Sportdreieck mit ein.

Herr Godenrath fügte an, dass die Sporthalle am Sportdreieck voll belegt sei und enorme Betriebskosten verursache, da keine Dämmung vorhanden sei. Betriebswirtschaftlich ist die Sporthalle nicht gut für die Stadt, sporttechnisch aber dringend notwendig. Er erinnerte an den Auftrag des Rates, die Halle so lange offen zu halten, wie es verkehrstechnisch vertretbar sei.

17:00 Uhr – Herr Dr. Meerheim übernahm die Sitzungsleitung

5602 Sportzentrum Robert-Koch-Straße

Als Hauptgrund für die Erhöhung der Bewirtschaftungskosten nannte Herr Eberhardt die massive Erhöhung der Fernwärmekosten.

Herr Godenrath fügte hinzu, dass es für bestimmte Sportarten wesentliche Voraussetzung sei, eine bestimmte (hohe) Raumtemperatur zu haben.

5605 Sportkomplex Neustadt

Dass zu dem Sportkomplex nicht nur das kleine Stadion Halle-Neustadt gehört, sondern auch eine große Hauptsporthalle, eine kleine MT 90-Halle, die Trockensprunghalle u a. Gebäude, erläuterte Herr Eberhardt. Aufgrund des Zustandes (Investitionsstau) dieser Gebäude wurde ein Aufwuchs in der Bauunterhaltung eingeplant.

5606 Sporthalle Brandberge

Auf Nachfrage wies Frau Hock darauf hin, dass die Änderungen der Personalkosten daraus resultieren, dass eine Stelle mit einem Mitarbeiter nachbesetzt wurde, der eine niedrigere Entwicklungsstufe habe.

Bei der Planung der Benutzungsgebühren (Null) wurde auf die gesetzliche Regelung zur entgeltfreien Nutzung der Sportanlagen reagiert.

Die Verwaltung wurde um eine schriftliche Erläuterung und Begründung der Ausgabensteigerungen in diesem Unterabschnitt gebeten. Auf das IST 2009 solle bei diesen Erläuterungen eingegangen werden.

5620 Sportanlagen

Gegenüber dem IST 2009 sei in der Haushaltsstelle 5401000 Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen eine Verdopplung zu verzeichnen. Die Verwaltung wird um eine Information gebeten, warum der Haushaltsansatz in dieser Höhe (106.200 €) gewählt wurde.

5650 Sportanlage Osendorf

Herr Godenrath erläuterte auf Anfrage, dass eine Person noch in diesem UA geplant sei, obwohl die Sportanlage verpachtet ist. Dies sei eine städtische Besonderheit. Es wurde eine Personalgestellung vorgenommen, da die beiden Vereine eine enorm große Fläche gepachtet haben. Eine Kollegin sei bis auf Widerruf diesen Vereinen als Starthilfe zugeordnet. Die andere Mitarbeiterin wurde den Bädern zugeordnet. Dies war bei der Planung noch nicht bekannt.

Der Ausschuss erwartet entsprechende Veränderungen in diesem Unterabschnitt und im Stellenplan.

5700 Hallenbäder

5710 Freibäder

Der Ausschuss erwartet entsprechende Veränderungsblätter entsprechend dem Stadtratsbeschluss an allen relevanten Stellen im Haushaltsplan (in den Unterabschnitten, im Stellenplan und bei der Haushaltskonsolidierung).

VMH

5500 Sportförderung / Sportverwaltung

Herr Godenrath informierte, dass auch in diesem Bereich die Antragslage für Investitionen an den übrigen Bereich die Ansätze der Verwaltung übersteige. Er avisierte eine Verwaltungsvorlage zur Vergabe der Fördermittel. Durch die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und der Stadt konnte aus ca. 150 T€ Investitionszuschuss ein Bauvolumen von ca. 400 T€ umgesetzt werden. Dies sei auch der Kraft der Vereine zu verdanken. Eine detaillierte Planung über die notwendigen Investitionen bei den Sportanlage liege nicht vor. Durch jährliche Abfrage bei den Vereinen werden deren Bedarfe ermittelt.

Die Diskussion drehte sich weiter um die Frage, ob das Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen in diesem Bereich sinnvoll sei, um eine mittelfristige Planung zu haben und den Abfluss der Mittel zu erleichtern. Es wurde darauf hingewiesen, dass dies eine politische Prioritätensetzung sei.

Herr Godenrath informierte, dass die notwendigen Mittel gemäß vorläufiger Haushaltsführung freigegeben wurden und aus diesem Grund keine Nachteile in den vergangenen Jahren zu verzeichnen waren.

Herr Geier informierte, dass es für Mittelfreigaben strenge Regeln gebe, die durch die Verwaltung eingehalten werden müssen. So z. B. werde bei einem Antrag auf Mittelfreigabe darauf geachtet, dass erst die Reste aus Vorjahren abgebaut werden. Eine weitere Freigabe könne erfolgen, wenn ein hoher prozentualer Anteil von Fördermitteln verbaut werde und „nur“ der Eigenanteil freigegeben werden müsse. Durch die Festlegung von VE werde die finanzielle Spielmasse in dem entsprechenden Jahr immer geringer, da dieses Geld dann fest verplant ist. Eine weitere Voraussetzung für das Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen sei ein ausgeglichener VMH.

Weiterhin führte Herr Geier auf Nachfrage aus, dass die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2009 keine genehmigungspflichtigen Bestandteile im Haushaltsplan verankert hatte. Trotzdem lag die Auflage des Landesverwaltungsamtes vor, das strukturelle Defizit auf 14 Mio. € zu senken. Ein Beanstandungsvorbehalt wurde avisiert, falls es der Stadt Halle nicht gelinge, glaubhaft zu versichern, dass das strukturelle Defizit abgesenkt werde.

Zur Seite 427 Unterabschnitt 5600 - Vermögenshaushalt Kurt-Wabbel-Stadion wird ein Austauschblatt gemäß der Beschlusslage des Stadtrates erwartet.

5602 Sportzentrum Robert-Koch-Straße

Herr Godenrath erläuterte, dass Mittel für die Planungsleistungen für die Außenbereiche, die Grünanlagen, den Krampfrichterturm usw. eingeplant wurden, um die weitere Planung der Umsetzung zu untersetzen. In der mittelfristigen Finanzplanung seien 2 Mio. € eingeplant.

Die Diskussion drehte sich um die Frage der Notwendigkeit einer Verpflichtungsermächtigung. Die Vor- und Nachteile wurden erörtert.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 30. März 2010 - öffentlicher Teil

Frau Müller betonte, dass eine Verpflichtungsermächtigung nur notwendig wäre, wenn in diesem Jahr ein entsprechender Auftrag ausgelöst werden soll.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass dies beim Sportzentrum Robert-Koch-Straße nicht der Fall sei.

Einige Mitglieder des Ausschusses bekräftigten ihr Ansinnen, die Planungskosten mit einer VE zu koppeln, damit die Planung nicht überflüssig wird, wenn dann doch keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden. Daraufhin sagte Herr Geier ein entsprechendes Änderungsblatt zu.

5605 Sportkomplex Neustadt

Herr Bielecke bestätigte auf Anfrage, dass aufgrund höherer Anforderungen bezüglich der Größe des Stadions ein erhöhter Bedarf (ca. 600 T€) bestehe.

Herr Geier ergänzte, dass in der letzten Stadtratssitzung der Hinweis darauf bei der Behandlung der Mitteilung zum Konjunkturpaket II gegeben wurde. Der entsprechende Antrag wurde gestellt. Seiner Kenntnis nach seien die Mittel beim Land noch vorhanden und es könne der Mehrbedarf gedeckt werden.

Zur Trockensprunghalle führte Herr Godenrath aus, dass die Gesamtmaßnahme noch nicht abgeschlossen sei. Ziel seien der Abschluss bis spätestens Mitte Mai und die konsequente Einhaltung des Kostenrahmens. Falls gewünscht, könne über die Abrechnungen im Sportausschuss informiert werden.

Mittel für das Sportzentrum Osendorf seien über die Sportförderung eingeplant. Der Verein sei noch in Findung, erläuterte Herr Godenrath.

5700 Hallenbäder

Dieser Unterabschnitt müsse gemäß der Beschlusslage im Stadtrat angepasst werden.

Stabsstelle 321 Veranstaltungsservice/ Marktwesen

7300 Wochenmärkte, Weihnachtsmärkte

Frau Biesecke erläuterte, dass die Verwaltungsgebühren erhöht geplant werden, weil die Planung sich an dem IST orientiere. Die geplanten Ausgaben für die Sonderveranstaltungen resultieren daraus, dass nicht mehr so viele Sonderveranstaltungen durchgeführt werden, z. B. das Weinfest und das Fischerfest entfallen.

Herr Dr. Wiegand verdeutlichte, dass Verwaltungsgebühren für Leistungen der Verwaltung erhoben werden und Sondernutzungsgebühren für Nutzung der Straßen. In der Vergangenheit wurde der diesbezügliche Ermessensspielraum nicht voll ausgeschöpft. Weiterhin sei eine erhöhte Nachfrage zu verzeichnen.

Frau Becker ergänzte, dass ein Teil der Ansätze bis zum vorigen Jahr beim Ordnungsamt geplant und vereinnahmt wurde.

Bezüglich des Ansatzes zu den Marktgebühren äußerten mehrere Mitglieder des Ausschusses Bedenken, dass der Ansatz erreicht werden könne. In diesem Bereich habe sich die Verwaltung nicht am IST orientiert. Es wurde an die bereits gegebene Selbstverpflichtung der Verwaltung erinnert, Kasseneinnahmereste abzubauen, in dem alle Genehmigungen Zug-um-Zug-Geschäfte werden.

Frau Wolff aviserte einen Änderungsantrag (Senkung des Ansatzes Einnahmen aus Marktgebühren auf 400 T€).

Amt 32 Ordnungsamt
1100 Öffentliche Ordnung

Im Hinblick auf die deutliche Steigerung des Ansatzes für Sachverständigen- und Gerichtskosten führte Herr Dr. Müllers aus, dass nach der Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes mit einer Steigerung der Kosten zu rechnen sei und diese vorsorglich eingestellt wurde.

Herr Weihrich aviserte einen Antrag, den Ansatz für die Einnahmen der Bußgelder um 400 T€ zu reduzieren, da eine deutliche Diskrepanz zwischen SOLL und IST zu erkennen sei. Die Verwaltung bat, eine schriftliche Stellungnahme abgeben zu können.

Zur Thematik Graffiti erläuterte Herr Dr. Wiegand, dass diese Haushaltsstelle in diesem Bereich neu geschaffen wurde, um Mittel für Maßnahmen und Aktionen vorzuhalten, die die Bekämpfung von illegalem Graffiti begleiten und in Gänze dagegen vorgehen. Die Mittel für die konkrete Beseitigung von Graffitierscheinungen seien in unterschiedlichen Bereichen, z. B. Friedhof, Grünflächenamt, EB ZGM, geplant.

Einige Mitglieder äußerten, dass sie diese zerstreute Veranschlagung nicht für günstig halten.

Die Senkung des Ansatzes für die Verwaltungsgebühren erklärte Herr Dr. Müllers damit, dass nach dem Mittelstandsentlastungsgesetz der Gesetzgeber bestimmte Antragsteller von Erlaubnispflichten befreit habe. Für einige Bereiche sei auch keine Gestattung mehr nötig. Wenn diese Genehmigungspflichten wegfallen, können dafür folgerichtig keine Gebühren erhoben werden. Gemäß der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie dürfen die Kommunen die Gebühren nur noch nach tatsächlichem Verwaltungsaufwand erheben. Der Nutzen des Antragstellers darf nicht mehr berücksichtigt werden.

Zu Nachfragen bezüglich der Personalkosten wies Herr Geier eindringlich darauf hin, dass die Unterlagen bezüglich der Begründungen der Abweichungen sowohl der Verwaltung als auch den Mitgliedern des Finanzausschusses vor der ersten Sitzung persönlich per Mail zur Verfügung gestellt wurden, um sich vorzubereiten. Die Unterlagen sind im Session als externe Dokumente der Sitzung des Finanzausschusses am 11.03.2010 eingestellt. Aus diesem Grund wird in der Niederschrift nicht explizit auf Personalkostenveränderungen eingegangen.

(18:15 Uhr Frau Dr. Bergner verließ die Sitzung.)

Amt 33 Amt für Bürgerservice
0510 Statistik und Wahlen

Zur Steigerung der geplanten Ausgaben für Aus- und Fortbildung führte Frau Beckert aus, dass für die Ermittlung des Zensus für Bevölkerung und Gebäude bis 2011/2012 die Erhebungsbeauftragten weitergebildet werden müssen.

Die Portokosten konnten gesenkt werden, da der Versand der Lohnsteuerkarten nur noch auf elektronischem Weg erfolge.

Amt 37 Amt für Brand,- Katastrophenschutz und Rettungsdienst
1300 Berufsfeuerwehr

Die Verwaltung wurde um eine Begründung gebeten, warum sie mit den veranschlagten Kosten in 2009 nicht ausgekommen ist. Das IST 2009 sei bezüglich des Unterabschnittes im Durchschnitt deutlich höher als der Plan 2009.

1310 Freiwillige Feuerwehren

Auf Nachfrage, wo die beschlossene Feuerwehrrente veranschlagt ist, führte Herr Hans aus, dass diese mit einem Anteil von 45 T € in den Personalkosten eingeplant sei.

Herr Schuhmann ergänzte, dass diese Mittel noch im Unterabschnitt 1300 Berufsfeuerwehr enthalten seien, dies soll geändert werden.

1600 Rettungsdienst und Krankentransport

Zum Nutzen für die Stadt durch einen zusätzlichen Rettungswagen führte Herr Hans aus, dass diese Kosten inklusive der Investitionen Durchlaufposten seien, da dieser Bereich eine kostenrechnende Einrichtungen und die Refinanzierung mit den Krankenkassen abgesichert sei.

VMH

1310 Freiwillige Feuerwehren

Zum Zustand des Gebäudes der Freiwillige Feuerwehr Dörlau führte Herr Dr. Wiegand aus, dass die Anregungen der letzten Tage aufgegriffen wurden. Einige Zustände sind nicht hinnehmbar. Im Ergebnis dieser Feststellung werden alle Feuerwehrgerätehäuser einer Überprüfung unterzogen und danach eine Prioritätenliste erstellt. Er sagte eine Information im Ordnungsausschuss zu. Es werde ein erheblicher Investitionsbedarf erwartet, für den zurzeit keine Mittel eingeplant seien.

Amt 53 Gesundheitsamt/Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
1103 Veterinärwesen

Die Steigerung der Verwaltungsgebühren wurde durch Herrn Dr. Wilhelms mit der Anpassung an das IST 2009 begründet.

Weiterhin wurde über die Gründe der Personalkostenveränderungen diskutiert.

betrifft den gesamten Haushalt:

Herr Dr. Meerheim regte als Ausschussvorsitzender an, dass Änderungsanträge nach Möglichkeit bis zum 7. 4. 2010 der Verwaltung (Frau Beßler) zur Verfügung gestellt werden, damit diese die Weiterleitung innerhalb der Verwaltung, an alle Mitglieder des Finanzausschusses und die Fraktionsgeschäftsstellen organisieren kann.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündliche Anfragen

Bürgerhaushalt

Auf Nachfrage von Frau Wolff bestätigte Herr Geier, dass zur Abschlussberatung eine Zuarbeit der Verwaltung zum Bürgerhaushalt vorgelegt werde.

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin